



Vernunft Schweiz

Finanzierung der AHV / IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

Worum geht es? Wo liegen die Probleme heute?

Die AHV und die IV sind zwei der wichtigsten Bausteine des schweizerischen Sozialversicherungsnetzes. Um diesen Ansprüchen zu genügen wurde die AHV schon in der Vergangenheit schrittweise den Wünschen der Bevölkerung und den demographischen Bedingungen angepasst. Vor allem die demographischen Bedingungen haben sich stark zu ungunsten der AHV und IV entwickelt. Denn es kommen immer mehr Rentner auf immer weniger Personen, welche in die Sozialwerke einzahlen. So finanzierten 1970 noch fast fünf berufstätige Personen die Rente eines Rentners, heute sind es weniger als vier Personen.

Zusammen mit der Vorlage zur 11. AHV Revision, die vor allem Sparmassnahmen beinhaltet, stellt die hier behandelte Vorlage den Lösungsvorschlag des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit dar, wie die Finanzierung der beiden Versicherungen (AHV und IV) für die nächsten 10 Jahre mit Mehreinnahmen gesichert werden kann.

Was wird geändert?

Für die IV, welche bereits heute Verlust macht, soll die Mehrwertsteuer (MwSt.) ab 2005 um 0.8% angehoben werden.

Für die AHV ist vorgesehen, dass das Parlament die MwSt. von sich aus um ein weiteres Prozent erhöhen kann, wenn dies für die AHV notwendig ist. Dies wird voraussichtlich spätestens im Jahr 2009 der Fall sein. Der Entscheid des Parlaments untersteht jedoch dem fakultativen Referendum.

Insgesamt soll die Mehrwertsteuer mit der Vorlage von heute 7.6% auf 9.4% erhöht werden.

Warum sind Veränderungen notwendig?

Die **demographische Entwicklung** ist in diesem Zusammenhang das Hauptproblem. Steigende Lebenserwartungen und sinkende Geburtenraten führen dazu, dass sich das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern weiter zugunsten der Rentner verschiebt. Finanzierten 1970 noch fast fünf berufstätige Personen die Rente eines einzelnen Rentners, werden es im Jahre 2040 nur noch knapp zwei Personen sein. Während also die Lohnbeiträge stabil bleiben, explodieren die Ausgaben der AHV. Das Bundesamt für Sozialversicherungen rechnet damit, dass bis ins Jahr 2020 *jährlich* 10 Milliarden Franken fehlen werden, um alle Altersrenten decken zu können.

Auch die **Zahl der IV-Rentner hat zugenommen**. 2002 erreichte der Anteil der IV-Rentner an der aktiven Bevölkerung mit 4,8 % einen Höhepunkt, was mit dazu geführt hat, dass die Schulden der IV 2003 auf 4,5 Milliarden angewachsen sind und nach Berechnungen 2004 schon 6 Milliarden betragen werden.

Die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung verspricht ebenfalls keine Erleichterung. Rechnet man vorsichtig, und dass ist angesichts der Wachstumsschwäche des letzten Jahrzehnts wohl angebracht, so ist ein mittelfristiges Wachstum von 1 Prozent anzunehmen. Über Wirtschaftswachstum und Lohnzuwächse alleine können die Probleme der Sozialversicherungen also nicht gelöst werden.

Zusammenfassung:

Ziel der Vorlage

Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer soll die Finanzierung der IV und der AHV für die nächsten 10 Jahre sichergestellt werden

Wichtigste Änderungen

- Ab 2005 werden zusätzliche 0,8 MwSt-Prozent für die IV erhoben.
- Das Parlament kann, wenn die AHV-Finzen es erfordern, durch einen dem Referendum unterstehenden Beschluss, die Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöhen (~ 2009).

Vorteile / Proargumente

- Das Volk kann, mit genügend Unterschriften, über das eine Prozent, welches der AHV zu Gute kommt, nochmals entscheiden (fakultatives Referendum).
- Auch die Rentner beteiligen sich an der Sanierung der AHV und IV durch die MwSt.
- Die Finanzierung der AHV und IV ist bis 2015 gesichert. Da das Wirtschaftswachstum alleine dafür nicht ausreicht.

Nachteile / Gegenargumente

- Eine Erhöhung der MwSt. belastet die Wirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze
- Es bestehen andere, bessere Möglichkeiten wie das AHV-Gold. Dieses reicht langfristig jedoch auch nicht aus.
- Die Erhöhung reicht nur bis 2015. Ist also eine Verschiebung des Problems.
- Standortvorteile der Schweiz gegenüber dem EU-Ausland werden aufs Spiel gesetzt.

Verschiedene Positionen

Mit der 11. AHV Revision gehen Einsparungen auf der Leistungsseite einher (siehe Vorlage zur AHV-Revision). Zusammen mit den zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten kann die Finanzlage der AHV gemäss dem Bundesamt für Sozialversicherung bis 2015 gesichert werden.

Grundsätzlich gibt es folgende Möglichkeiten die AHV zu sanieren:

- Erhöhung des Rentenalters oder weitere Flexibilisierung
- Senken der Mindestrenten um ca. 18% bis ins Jahr 2020
- Mehr Einnahmen
 - durch Erhöhung der MwSt.
 - durch Erhöhung der Lohnprozente
 - durch die Zinsen aus dem Nationalbankgold

Die Möglichkeiten können kombiniert werden. Grundsätzlich gilt, dass mehr Einnahmen für die AHV die Wirtschaft schwächen und Arbeitsplätze vernichten. Die Erhöhung des Rentenalters hätte volkswirtschaftlich positive Auswirkungen und würde die Wirtschaft stärken. Das Senken der Mindestrenten würde die soziale Situation der Ärmsten deutlich verschlechtern. Diese Vorlage möchte die AHV durch Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer (MwSt.) sichern. Dasselbe gilt für die IV.

Kontrovers wird die Frage beurteilt, ob die Erhöhung der MwSt. zugunsten der IV nur kurzfristig die finanziellen Löcher stopft oder auf Dauer etwas bringt. Während das eine Lager meint, die Probleme würden nur aufgeschoben, meint das Andere dass dies der erste Schritt zur finanziellen Rettung der IV ist, welcher mit der bereits geplanten 5. IV-Revision vollendet werden soll.

Befürworter führen ins Feld, dass nur so ein Leistungsabbau bei der AHV verhindert wird und die Last so fair auf die gesamte Bevölkerung verteilt wird. Zudem stellt das eine Prozent, um welche das Parlament die AHV erhöhen kann, für die AHV keine Steuer auf Vorrat dar, weil die Erhöhung erst dann kommen soll, wenn sie notwendig ist.

Kritiker führen ins Feld, dass höhere Mehrwertsteuern Arbeitsplätze vernichten und dadurch indirekt die Finanzierung der Sozialwerke bedroht ist. Zudem gefährden höhere Steuern Standortvorteile der Schweizer Wirtschaft gegenüber dem EU-Ausland.

Volkswirtschaftliche Auswirkungen

Höhere Steuern führen zu gesellschaftlichen Wohlfahrtsverlusten, verringern positive Anreize und führen generell zu einem Abflauen wirtschaftlicher Tätigkeit. Die zusätzlichen Einnahmen der MwSt. von 2.9 Milliarden Franken werden dem primären Wirtschaftskreislauf entzogen.

Verzichtet man allerdings auf eine Änderung der Mehrwertsteuer, dann geht es um die Machbarkeit der Alternativen und deren volkswirtschaftlichen Auswirkungen.

- Umstritten ist die Frage, ob beispielsweise die Verwendung des Nationalbankgoldes mittelfristig ausreicht würde
- Der Weg über eine Veränderung des Rentenalters oder der Rentenbezüge ist volkswirtschaftlich zwar zu begrüßen, erfordert aber die Bereitschaft zu sozialen Einschnitten.
- Eine Erhöhung der Lohnbeiträge belastet die Arbeitgeber und verringert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Grundsätzlich geht es bei dieser Vorlage darum, wie die AHV gesichert werden soll. Wird die Vorlage angenommen, ist zu erwarten, dass die meisten Sozialwerke in Zukunft durch Mehreinnahmen gesichert werden. Bei einer Ablehnung ist damit zu rechnen, dass eine neue Vorlage mit höherem Rentenalter und weniger hohen MwSt.-Erhöhung vor das Volk kommt.

Literaturverzeichnis

Eidg. Departement des Innern und Bundesamt für Sozialversicherung [BSV] (2004). Dokumentation zu den Abstimmungsvorlagen Gefunden am 18. März unter http://www.bsv.admin.ch/ahv/aktuell/d/eidgenoessische_volksabstimmung_160504/d_dokukompl_040219.pdf

Eidg. Departement des Innern und Bundesamt für Sozialversicherung [BSV] (2004). Speaking-Note Bundesrat Pascal Couchepin Gefunden am 18. März unter http://www.edi.admin.ch/discoursdfie/2004/040219_11-ahv-revision.pdf

Schweizerische Volkspartei (2004). Nein zur wirtschaftsfeindlichen Mehrwertsteuererhöhung. Gefunden am 18. März unter http://www.svp.ch/?page_id=912&l=2

Sozialdemokratische Partei (2004). Nationalbankgewinne für die AHV. Gefunden am 18. März unter http://al.sp-ps.ch/data/COMM-D/2002/021004_AHV-Initiative-Einreichung.pdf